

*Wolf Linder*

# Demokratieförderung? Dialog statt Export!

---

A. Zur Frag-würdigkeit von Demokratieförderung . . . . .	131
B. Voraussetzungen realer Demokratieentwicklung . . . . .	133
C. Folgerungen, Thesen zur Demokratieförderung . . . . .	137

---

## A. Zur Frag-würdigkeit von Demokratieförderung

Das Ende des kommunistischen Regimes in der Sowjetunion 1991 hat die Systemkonkurrenz zwischen «Ost und West» obsolet gemacht. Die meisten Länder in Zentral- und Osteuropa beförderten in den letzten zwanzig Jahren den Umbau ihrer Planwirtschaften hin zur kapitalistischen Marktwirtschaft. Die ehemals autoritären Regimes haben abgedankt; in vielen Ländern hat ein eigenständiger Verfassungswandel Demokratie gebracht. 1989 publizierte Francis Fukuyama sein Buch «The End of History» und vertrat die These, dass sich die Konzepte der liberalen Marktwirtschaft und der Demokratie weltweit und endgültig durchsetzen würden. Diese akademische Zuversicht war begleitet von einer Realpolitik westlicher Länder und ihrer internationalen Organisationen, die Marktliberalisierung in der Dritten Welt mit aller Macht voranzutreiben und auch der Demokratisierung mit starker Hand von aussen nachzuhelfen.

Inzwischen haben die Thesen Fukuyamas an Glanz verloren. Doch der Trend zur Demokratieförderung durch westliche Länder ist ungebrochen, und deren Praxis hat viele Gesichter: Sie reicht von der Wahlbeobachtung, der Ausbildung politischer Eliten, der finanziellen Unterstützung von Parteien, den Bestrebungen von «good governance» im Rahmen der Entwicklungspolitik bis hin zum Export von Demokratiekonzepten durch Verfassungsexperten. Neben gelungenen gibt es freilich viele fragwürdige Demokratisierungsinitiativen, vor allem in den Transitionsländern der Dritten Welt.

Frag-würdig erscheinen diese Initiativen, soweit sie

1. *aus einer Position imperialer Macht geführt werden*, wie etwa in den 1960er Jahren im Kongo, in Ghana oder Kamerun. Hier stand Demokratisierung als Teil der Übergangspolitik, mit der die ehemaligen Kolonialherren weiteren wirtschaftlichen und politischen Einfluss auf die nun unabhängig gewordenen Staaten anstrebten;
2. *Teil einer widersprüchlichen Politik sind*, wie etwa im Irak oder in Afghanistan, wo eine militärische Intervention von aussen mit der kaum hinterfragten Implantation von Demokratie verbunden wurde. Übersehen wird zudem, dass mit Mitteln, die von aussen und von oben kommen, die Korruption oft eher als die Demokratie gefördert wird;
3. *das kulturelle Erbe und die Sozialstruktur traditionaler Gesellschaften verkennen*. So scheiterten westliche Vorstellungen der Parteiendemokratie in afrikanischen Staaten an der einfachen Tatsache, dass in deren Gesellschaften viele Parteien nicht als Vereinigung von Individuen gleicher politischer Gesinnung, sondern als Clanorganisationen mit familistischer Loyalität bestehen – was den Verzicht auf gewaltsame Rivalität oder gar den regelmässigen Machtwechsel erschwert. Mangelndes Verständnis der jeweiligen Gesellschaftskultur prägt viele Demokratisierungsinitiativen bis heute und über die Länder Afrikas hinaus;
4. *zu viel in viel zu kurzer Zeit erwarten*, wie etwa in den Ländern Osteuropas oder jüngst im Süd-Sudan oder in Ägypten;
5. *inkonsistent sind*. So schrieb der US-Experte Carothers über sein eigenes Land: «(...) The United States is still inconsistent in its commitment to democracy abroad, maintaining friendly relations with various nondemocratic regimes for the sake of economic and security interests. (...) Democracy building can be a cover for partisan political intervention. Moreover, American democracy has shortcomings of its own, causing some people to question the United States' credibility...» (Carothers 1999: 332).

Demokratieförderung ist darum auf doppelte Weise frag-würdig, nämlich hinsichtlich ihrer politischen Legitimation wie ihrer Wirksamkeit. Lassen wir das Problem politischer Legitimation, das in den obigen Beispielen aufscheint vorerst beiseite und konzentrieren uns auf die Frage der Wirksamkeit. Sie zu beantworten, heisst zunächst, die Bedingungen zu kennen, die einen Demokratisierungsprozess als solchen chancenreich machen.

## B. Voraussetzungen realer Demokratieentwicklung

Die Entwicklung von Demokratie ist ein riskanter Prozess, der misslingen kann. Er dauert länger und ist komplexer, als die Politik heute wahrhaben will. Vor allem aber ist er mit der Umverteilung von Macht und Ressourcen verbunden und darum von politischen Konflikten geprägt. Historische und zeitgeschichtliche Studien zeichnen nach, wie vielfältig die Konstellationen der Ereignisse, die Besonderheiten von Akteuren und der Politik sind, die im Einzelfall zur Konsolidierung von Demokratie, zur Stagnation oder gar zum Rückfall in ein autoritäres Regime führen. Darüber hinaus vermittelt die empirisch-vergleichende Forschung der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften wichtige Einsichten über den Einzelfall hinaus. Insbesondere gewinnen wir einige Hinweise auf jene *Faktoren, welche die Demokratisierung im allgemeinen begünstigen oder hemmen*. Im folgenden diskutiere ich einige ausgewählte Ergebnisse der Literatur, die mir im Kontext dieser Tagung wichtig scheinen.

Beginnen wir mit einem Vergleich der *historischen Bedingungen* «alter» Demokratien Europas und der heutigen Demokratisierung von Transitionsländern der Dritten Welt.

	(West-)Europa	Dritte Welt
<b>Nationalstaat</b>	konsolidiert	oft nicht konsolidiert
<b>Abhängigkeit</b>	Relativ hohe Unabhängigkeit des Nationalstaats	Hohe äussere Abhängigkeit des Nationalstaats (Globalisierung)
<b>Ökonomie</b>	Industrialisierung, endogen	Keine endogene Industrialisierung möglich
<b>Historische Folge der Entwicklung</b>	Staat, Wirtschaft, dann erst Demokratie	Gleichzeitige Entwicklung von Staat, Wirtschaft und Demokratie
<b>Notwendige Zeit</b>	1798 (französische Revolution) bis 1978 (Spanien)	1960 (afrikanische Entkolonialisierung) bis ??

Tabelle 1: Demokratisierung in Europa und in der Dritten Welt: Ein Vergleich von historischen Bedingungen (Anlehnung an: Moore 2001)

Der einfache tabellarische Vergleich illustriert die völlig unterschiedlichen Bedingungen der historischen Demokratieentwicklung Westeuropas und derjenigen in der Dritten Welt heute. Der westeuropäische Demokratisierungsprozess war nicht einfach; er dauerte zwei Jahrhunderte und war von dramatischen Rückschlägen begleitet. Aber er konnte sich auf die Basis eines Nationalstaats verlassen, der gesellschaftliche Sicherheit innerhalb seines Territoriums garantierte, und der über Steuerhoheit und damit eigene Ressourcen verfügte. Letztere erlaubten, die Industrialisierung zu unterstützen und gegen aussen abzuschirmen. Demokratieentwicklung fand erst nach einer gewissen staatlichen

und wirtschaftlichen Konsolidierung statt. Im Kontrast dazu erscheint die Demokratisierung in heutigen Transitionsländern als bedeutend schwieriger. Diese stehen vor der Aufgabe, Staat, Wirtschaft und Demokratie gleichzeitig zu entwickeln. Dabei sind sie sowohl der äusseren Abhängigkeit wie der Einmischung von aussen stärker ausgesetzt. Wo aber die Wirtschaftsentwicklung krisenhaft verläuft und der Staat, wie in den Ländern des südlichen Afrikas, kaum konsolidiert ist, wird auch die Entwicklung von Demokratie verletzlicher und riskanter.

Demokratie als solche schafft weder Arbeit noch Einkommen. Unter demokratischen Verhältnissen lassen sich aber Forderungen nach Teilhabe am gesellschaftlichen Einkommen besser und wirksamer artikulieren als unter autoritären Regimes. Eine grosse Zahl polit-ökonomischer Vergleichsstudien versuchte darum zu ergründen, wie weit *Demokratie vom Stand der wirtschaftlichen Entwicklung* abhängt. Die Ergebnisse sind keineswegs einheitlich (Haynes 2001). Insbesondere gibt es keinen eindeutigen Zusammenhang, wonach Wirtschaftswachstum die Demokratisierung begünstigt. Ebenso ist die umgekehrte Fragestellung umstritten, ob mehr Demokratie ein höheres Wirtschaftswachstum stimuliert. Wenig widerlegt sind aber die Ergebnisse älterer Untersuchungen, wonach unterhalb eines gewissen wirtschaftlichen Niveaus eine Demokratieentwicklung wenig aussichtsreich erscheint (Vanhanen, 1989 und 2003). Und ebenso sind Länder, deren Einkommen vorwiegend auf der Ausbeutung von natürlichen Ressourcen (z.B. Öl) beruht, kein günstiger Boden für die Demokratie, weil die Gewinne vielerorts bei einer kleinen Oberschicht verbleiben oder ins Ausland abfliessen. Und sogar dort, wo die Eliten – wie in Saudiarabien oder Botswana – die Bevölkerung am Erlös aus Erdöl oder Diamanten teilhaben lassen, würden viele zögern, von gefestigten Demokratien zu sprechen. Das legt nahe, dass nicht schon das höhere nationale Einkommen, sondern erst die Entwicklung einer *Erwerbswirtschaft sowie die ausreichende und formelle Beschäftigung* der Bevölkerung die Entwicklung von Demokratie zu begünstigen vermögen.

Kommen wir zur *Rolle des Staates* für die Demokratieentwicklung. Bekannt ist die Tatsache, dass die asiatischen Staaten in den letzten 50 Jahren eine bedeutend erfolgreichere Demokratieentwicklung verzeichnen als die Länder Afrikas südlich der Sahara. Dies hat nicht nur mit dem höheren Wirtschaftsniveau asiatischer Länder zu tun, sondern auch mit Unterschieden der Staatsstruktur. Viele asiatische Länder weisen eine bedeutend stärkere, konsolidierte und zum Teil jahrhundertealte Staatlichkeit aus. Ihre traditionell vorhandene sozial-ökonomische Komplexität hat längst ihren Niederschlag gefunden in der Sprache, in Konzepten und in Institutionen, an welche die industrielle und soziale Modernisierung anschliessen konnte. Demgegenüber stellen die Nationalstaa-

ten des südlichen Afrikas zum grössten Teil junge und künstliche, von aussen geschaffene Gebilde verschiedenster Kleingesellschaften und Ethnien dar. So stehen Afrikas südliche Staaten zumeist am Beginn ihres «*nation building*», sowohl politisch im Sinne der Entwicklung nationaler Identität wie technisch in der Herausbildung einer professionellen Verwaltungsorganisation. Erst mit *konsolidierter (National-)Staatlichkeit erhöhen sich die Chancen der Demokratisierung*. Eine plausible Erklärung polit-ökonomischer Art dafür liefert Moore (2001): Nur im Fiskalstaat erkennt die Bürgerschaft, dass öffentliche Dienstleistungen wie Gesundheit oder Bildung weder Geschenke der Politiker noch kostenlose Güter, sondern die Gegenleistung für ihre persönlichen Abgaben sind. Wenn immer aber der Zusammenhang zwischen individueller fiskalischer Belastung und öffentlichen Gütern den Bürgerinnen und Bürgern bewusst ist, haben diese ein Interesse daran, die politischen Eliten zu kontrollieren. Dass dieses wirtschaftlich stimulierte Interesse an der Demokratie politisch wirksam wird, setzt freilich voraus, dass ein bedeutender Teil der Bevölkerung in die Erwerbsarbeit eingebunden ist, somit über Einkommen verfügt und steuerpflichtig ist. Diese Voraussetzung war in der Demokratisierung westeuropäischer Industriestaaten zumeist gegeben, nicht jedoch in vielen heutigen Transitionsstaaten. Leider kenne ich keine Studie, welche die wichtige Frage systematisch untersucht, wie weit Staatsentwicklung und Demokratie vom Ausmass der formellen Erwerbsarbeit abhängen.

Zur Frage, welche *Strukturelemente des politischen Systems* stabilere Demokratie hervorbringen, lässt sich eine lange politologische Debatte verfolgen. In einer vergleichenden Untersuchung afrikanischer und asiatischer Staaten kommt Bächtiger (2009) zum Schluss, dass weder das Wahlsystem noch der Föderalismus, weder Parlamentarismus noch der Präsidentialismus die politische Stabilität signifikant beeinflussen. Das mag daher rühren, dass insbesondere in den afrikanischen Staaten die informellen Institutionen bedeutsamer sind als die formellen (Hyden 2006). Immerhin scheint die politische Machtteilung die Demokratieentwicklung positiv zu beeinflussen (Linder/Bächtiger 2005). Schliesslich wirkt sich ein Umfeld von demokratischen Staaten ebenfalls günstig aus.

Eine Reihe älterer Studien zeigte, dass der *Bildungsstand* die Demokratieentwicklung positiv beeinflusst. Viele Transitionsländer stehen heute aber vor dem Problem, dass sie zu viele junge Leute mit einer akademischen Ausbildung, aber ohne Beschäftigungschancen haben, während eine formelle Berufsausbildung völlig fehlt. Zusammen mit struktureller Arbeitslosigkeit vergrössern solche «*misfits*» des Ausbildungssektors die politischen Protestpotentiale, die, wie im arabischen Frühling, zum Sturz autoritärer Regimes beitragen können. Die Proteste werden jedoch kaum verebben, wenn demokra-

tische Reformen nicht damit verbunden sind, dass bessere Chancen auf Beschäftigung entstehen können.

*Dem kulturellen Erbe und der Sozialstruktur* schreibt die Literatur unterschiedliche Einflüsse zu. «Alte» Demokratien wie diejenige Grossbritanniens oder Skandinaviens waren gesellschaftlich homogen, wiesen darum kaum gesellschaftliche Spaltungen von Sprache oder Religion aus, was die demokratische Konsolidierung erleichterte. Anders sieht es in vielen jungen Staaten aus: Sie umschliessen eine grosse Vielfalt von Sprachgruppen sowie von ethnischen oder religiösen Minderheiten. Theoretisch hätten *heterogene, multikulturelle Gesellschaften* zwar ein gemeinsames Interesse an Demokratie, politischem Pluralismus und an einer politischen Machtteilung, die allen Gruppen Rechtsgleichheit und Minderheitenschutz gewährt. Doch dieses Interesse kommt häufig nicht zum Zug. Denn die Heterogenität einer Gesellschaft gibt auch Anlass zu Konflikt, zu gegenseitiger Ablehnung und Feindschaft, oder eine hegemoniale Gruppe vergibt die Chancen zur Integration, wenn sie nicht bereit ist, Macht und Einfluss mit anderen zu teilen (Easterly/Levine 1998). Allgemeingültige Aussagen zum Verhältnis von Heterogenität und Demokratieentwicklung lassen sich darum kaum formulieren: Es kommt auf die geschichtlichen Hintergründe, die spezifischen Konflikte, die Zahl der Gruppierungen und deren relative Grössenverhältnisse an.

Nicht-industrielle, primär traditionale Gesellschaften sind bis heute noch stark von der Subsistenzwirtschaft geprägt. Das ist nicht nur ökonomisch von Belang. Vielmehr weisen sie eine geringe soziale Differenzierung aus und sind geprägt von einer spezifischen Gesellschaftsstruktur, in der die (Gross-)Familie eine zentrale Rolle spielt (Ziltner/Müller 2007). Familien- oder Clanstrukturen regulieren die meisten gesellschaftlichen Funktionen – Produktion, Verteilung, kollektive Sicherheit und Solidarität, sowie die Übertragung von Wissen, sozialen Rollenerwartungen und Normen auf die nächste Generation (Müller 1999). Geht ausgeprägter *Familismus* einher mit gering ausgebildeter Staatlichkeit und geringer sozialer Komplexität, so dominieren traditionale Normen und verwandtschaftliche Loyalität über das formelle Gesetz oder unpersönliche Marktregeln (Hyden 2006). Das sind ungünstige Bedingungen für die Demokratisierung (Linder/Bächtiger 2005).

Die Behauptung, bestimmte *Religionen*, insbesondere der Islam, seien prinzipiell hinderlich für die Demokratie, lässt sich so nicht halten. Oft werden unzulässigerweise die Einzelfälle islamischer «Gottesstaaten» mit der Kultur und der Religion des Islam insgesamt vermengt. Im systematischen Vergleich klingt eher überzeugend, dass die Glaubenskultur von Hochreligionen – im Gegensatz zu jenen von Ahnen- und Na-

turreligionen – geschichtlich die Entwicklung staatlicher Strukturen einst begünstigten (Faschingeder 2007). Ausgebildete Staatlichkeit wiederum begünstigt heute die Entfaltung von Demokratie.

Die folgende Tabelle zeigt die Diskussionsergebnisse im Überblick.

Gesellschaftlich-politische Merkmale	Günstig	Ungünstig
Niveau Erwerbswirtschaft	höher	tief
Natürliche Ressourcen		Haupteinkommen
Bildungsniveau	hoch, aber . . .	tief
Konsolidierung Fiskalstaat	hoch	gering
Wahlsystem, Föderalismus, Präsidentialismus und weitere institutionelle Eigenheiten		ohne Einfluss
Politische Machtteilung	stark	fehlend
Heterogene Gesellschaft		ambivalent
Familismus	gering	stark
Glaubenskultur (Staatsentwicklung)	Hochreligion	Natur-/Ahnenreligionen
Regimes der Nachbarstaaten	demokratisch	autoritär

Tabelle 2: Allgemeine Bedingungen der Demokratieentwicklung: Synopse

## C. Folgerungen, Thesen zur Demokratieförderung

### 1. Demokratieentwicklung heute

Wer Demokratieförderung betreiben will, sollte sich vor Augen halten, wie lange dieser Prozess in den «alten» Demokratien geschichtlich gedauert hat, von wie vielen Rückschlägen er begleitet war und wie komplex seine Entstehungsbedingungen waren. Alles spricht dafür, dass auch für die Demokratieentwicklung in der Dritten Welt mit generationenlangen Zeiträumen zu rechnen ist, dies umso mehr, als heutige Transitionsländer weit weniger günstige Bedingungen antreffen: Ihre Chancen «nachholender» nationaler Wirtschaftsentwicklung sind in der Globalisierung sehr beschränkt. Anders als einst die europäischen Länder haben sie nicht die Chance, Wirtschaft und Staatlichkeit zu konsolidieren, bevor die Demokratie chancenreich eingeführt werden kann. Im Gegenteil – sie haben alle drei gesellschaftlichen Herausforderungen gleichzeitig zu bewältigen. Dieser Prozess ist riskant und verletzlich, und seine Chancen auf Erfolg sind nicht überall gleich gut.

## 2. Endogene Demokratieentwicklung

Verfassungen lassen sich kopieren, Demokratie dagegen kaum. Demokratie ist kein Exportprodukt, und der Satz *«one model fits all»* führt in die Irre. Politische Kultur, Parteien, Gewaltenteilung, einwandfreie Wahlen und ihre Legitimation für den gewaltlosen Machtwechsel vermögen sich nachhaltig nur aus dem eigenen kulturellen Erbe einer Gesellschaft heraus zu entwickeln. Das kann zu andern Demokratiemodellen führen als in Europa, wie etwa in asiatischen Ländern, welche das Individuum stärker in die gesellschaftlichen Ligaturen einbinden. Endogene Entwicklung schliesst zwar Demokratieförderung von aussen nicht aus. Aber jede Intervention muss die Gnade haben, Geschichte sowie Gesellschafts- und Sozialstrukturen vor Ort überhaupt verstehen zu wollen und im konkreten Fall auch verstehen zu können.

## 3. Demokratieförderung: Dialog statt Export

Realpolitisch sind Interventionen in Transitionsländern zumeist von machtpolitischen oder wirtschaftlichen Eigeninteressen der entwickelten Industrieländer bestimmt. Einseitig und als Exportoffensiven konzipiert, sind sie oft respektlos gegenüber den Eigenarten des Transitionslandes, deshalb oft wenig nachhaltig und von zweifelhaftem Erfolg. Die Alternative zum Konzept des Exports ist dasjenige des Dialogs (Linder/Bächtiger/Lutz 2008). Der Dialog bietet die Chance höherer Glaubwürdigkeit, Legitimation und Akzeptanz, ist aber auch eine notwendige Bedingung dafür, dass die fremden Verhältnisse vor Ort überhaupt verstanden werden können. Der Dialog setzt die Gleichwertigkeit der Partner voraus sowie die Bereitschaft, gegenseitig zu lernen. Das *Dialogmodell* ist für *die Schweiz* von doppelter *Relevanz*. Erstens verkörpert es das, was unser Land in der Diplomatie und in der Entwicklungszusammenarbeit praktiziert und wie es der klassischen Rolle der *«Vermittlung guter Dienste»* entspricht. Zweitens kann es nicht um einen Export des *«Modells Schweiz»* gehen, sondern nur um das, was die Partner aus jungen Demokratien daran interessiert. Das ist zumeist die Erfahrung mit sehr konkreten Fragen demokratischer Praxis und mit dem Funktionieren ihrer Institutionen. Hier hat die Schweiz einiges anzubieten. Was Demokratieförderung dabei beachten sollte, habe ich bereits angedeutet: Über die gründliche Kenntnis der politischen Situation des Partnerlandes hinaus braucht es ein hohes Verständnis von dessen Geschichte, Kultur und dessen wirtschaftlich-sozialer Situation. Womit aber ist dem Partner aus Transitionsländern gedient? Aufgrund meiner Tätigkeit meine ich, dass es ergiebig ist, ganz konkrete Erfahrungen zum Funktionieren einzelner Institutionen, etwa des Föderalismus, der Machtteilung oder der Parteien auszutauschen. Solche Er-

fahrungen können gegenseitig verglichen, theoretisiert, bezüglich ihrer Voraussetzungen hinterfragt und auf die spezifische Situation des Transitionslands übersetzt werden. Nicht zuletzt ist es dabei wichtig zu explorieren, ob und wie weit dieselben formalen Institutionen in verschiedenem Kontext anders funktionieren und wie staatliche Einrichtungen finanziert werden.

#### **4. Demokratieförderung – immer die erste Priorität?**

Die weltweite Förderung von Demokratie gehört heute zur Agenda vieler westlicher Institutionen; staatliche und private Entwicklungsorganisationen bauen sie – neben den Forderungen der *good governance* – in ihre Programme ein. Dagegen ist nichts einzuwenden. Drittweltländer machen aber oft gute Gründe geltend, anderen Entwicklungen als derjenigen der Demokratie erste Priorität einzuräumen. Dies ist zu respektieren, jedenfalls dann, wenn man an einem partnerschaftlichen Dialogmodell festhalten will.

#### **5. Demokratieförderung – eine langfristige Aufgabe**

Es gibt keine *«instant democracy»*. Initiativen zur Demokratieförderung konzentrieren und multiplizieren sich häufig in Ländern, in denen gerade ein Regimewechsel stattgefunden hat. Das ist plausibel: Es ist der Zeitpunkt, zu dem die Akteure des Machtwechsels am ehesten auf Hilfe von aussen angewiesen sind; gleichzeitig sind es Situationen, in denen sich mehr bewegt als üblich. Dabei sollte trotzdem nicht vergessen werden, dass der Aufbau von Demokratie einen generationenlangen Prozess darstellt. Es ist deshalb wichtiger, sich an der Nachhaltigkeit des Dialogs und am partnerschaftlichen Respekt auszurichten als an hohen Erwartungen um einen Regimewechsel und an kurzfristig erhofften Ergebnissen. Schliesslich bildet die nach-revolutionäre Phase, in der sich westliche Demokratieexperten zuweilen gegenseitig auf den Füßen stehen, nicht immer das beste Zeitfenster für den Beginn eines nachhaltigen Dialogs.

#### **6. Zur Rolle der Wissenschaft**

Die Vorteile wissenschaftlicher Erkenntnis liegen in ihrer Fähigkeit zur begrifflichen Abstraktion und reflektierten Theoriebildung, sowie in der intersubjektiven Überprüfbarkeit ihrer Beobachtungen und Aussagen durch gemeinsam anerkannte Methoden. Dem systematischen Vergleich der Demokratieforschung verdankt auch die Demokratieförderung wertvolle Einsichten, die relevant sind für die Praxis. «Günstige» und «ungünstige» Bedingungen, wie wir sie aus akademischen Vergleichsstudien vorgestellt haben, sind freilich kein Ersatz für die Analyse des konkreten Falls. Sie können aber nicht

zuletzt vor der naiven Haltung bewahren, der Demokratisierung immer und überall nachhelfen zu wollen, weil man Demokratie eben für gut hält. Schliesslich sind auch die akademischen Vorstellungen von «Demokratie» vielfach von westlichen normativen Annahmen und Begrifflichkeiten geprägt; gleichzeitig werden westliche Demokratiemodelle als «universalistisch» ausgegeben (Linder 2010). Das verstellt den unbefangenen Blick auf Geschichte, Gesellschaftsstruktur und Demokratiepoteziale vieler Transitionsländer und wird der Analyse endogener Demokratieentwicklung nicht gerecht. Zu wünschen wäre deshalb, dass die vergleichende Forschung sowohl dem Fallstudienwissen als auch den Kontextkenntnissen einen höheren Stellenwert zumisst.

**Literatur**

- Bächtiger, André (2009), Transitions- und Demokratieforschung, in: Vatter, Adrian, Frédéric Varone, Fritz Sager, *Demokratie als Leidenschaft*. Bern: Haupt, 479-499.
- Carothers, Thomas (1999), *Aiding democracy abroad*. Washington, DC: Carnegie Endowment for International Peace.
- Carothers, Thomas (2002), The end of the transition paradigm. *Journal of Democracy* 13(1): 5-21.
- Easterly, W., Levine, R. (1997), Africa's growth tragedy: Policies and ethnic divisions. *Quarterly Journal of Economics* 112(4): 1203-1250.
- Faschingeder, Clemens Six (Hrsg.) (2007) *Religion und Entwicklung, Wechselwirkungen in Staat und Gesellschaft*, Wien: Mandelbaum.
- Haynes, J. (2001), *Democracy in the developing world: Africa, Asia, Latin America and the Middle East*. Cambridge: Polity Press.
- Hyden, Goran, *Development and Democracy* (2002), What have we learnt and how? (co-edited with Ole Elgström). London and New York: Routledge, 217 pp.
- Linder, Wolf, André Bächtiger (2005), What drives democratisation in Asia and Africa? *European Journal of Political Research* 44: 861-880.
- Linder Wolf, André Bächtiger, Georg Lutz (2008), *Democratisation, Rule of Law and Development*. Swiss Development Cooperation (ed.) *Challenging common assumptions on corruption and democratisation*. Bern: SDC.
- Linder, Wolf (2010), Zur Universalität von Menschenrechten, Markt und Demokratie – zweifelhafte Begründung, fragwürdige Folgen. *Zeitschrift für Politik* 57. Jg. 2/2010, 207-218.
- Moore, Mike (2001), Political Underdevelopment. *Public Management Review* Vol 3 Issue 3.
- Müller Hans-Peter et al. (1999), *Atlas of precolonial societies: Cultural heritage and social structures of African, Asian and Melanesian countries*. Berlin: Reimer.
- Vanhanen, Tatu (1989), The level of democratisation related to socio-economic variables in 147 states, 1980–1985. *Scandinavian Political Studies* 12(2): 95-127.
- Vanhanen, Tatu (2003), *Democratisation. A comparative analysis of 170 Countries*. London: Routledge.
- Ziltener, Patrick, Hans-Peter Müller (2007), The weight of the past traditional agriculture – socio-political differentiation and modern development: A cross-national analysis. *International Journal of Comparative Sociology* 48: 371-415.